

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #04/2018

17. Februar 2018

Die Fragen stellte **Anna-Lena Kirch**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Anna-Lena Kirch:

Frau Bundeskanzlerin, am Freitag findet ein informeller Europäischer Rat statt, bei dem Sie die Staats- und Regierungschefs der EU-27 erstmals nach dem Ende der Koalitionsverhandlungen treffen werden. Welche Reformen zur Stärkung europäischer Integration und Handlungsfähigkeit haben aus deutscher Perspektive kurz- und mittelfristig Priorität, und wie passt das zu den Vorschlägen des französischen Staatspräsidenten Macron?

Bundeskanzlerin Merkel:

Wir treffen uns zu einem informellen Rat. Wir haben uns beim 50. Jahrestag der Römischen Verträge eine so genannte Leaders' Agenda, also eine Arbeitsordnung der Staats- und Regierungschefs gegeben, um bestimmte Themen einfach auch abzuarbeiten und voranzubringen. Und da gehört der Rat jetzt – am 23. Februar – auch dazu. Hier soll es vor allen Dingen auch um institutionelle Fragen gehen – mit Blick schon auf die Europawahlen; dann auch zum Beispiel um das Thema der Spitzenkandidaten. Aber wir werden natürlich auch den Blick vorauswerfen zum März-Rat. Und dort werden wir dann die Themen Verstärkung der Wirtschafts- und Währungsunion haben, auch ein Treffen der Eurogruppe. Und für mich haben die Themen Priorität, die uns täglich auf den Nägeln brennen. Das ist einmal die ganze Frage der Migration: Ich hoffe, dass wir hier bis Juni Fortschritte erzielen für ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Die Fragen der Verteidigung, wo wir jetzt die gemeinsame strukturierte Zusammenarbeit aus der Taufe gehoben haben, wo aber jetzt auch noch mehr Beispiele und Projekte entwickelt werden müssen. Und die Verstärkung der Wirtschafts- und Währungsunion: Die Finanzminister in der Euro-Gruppe arbeiten zurzeit gerade an den Fragen der Bankenunion, aber auch mit den 27 Mitgliedstaaten zusammen. Und mittelfristig wird dann auch auf der Tagesordnung stehen: Wie können wir den ESM vielleicht umwandeln in einen europäischen Währungsfonds? Also, auf allen Ebenen parallel Arbeiten, die ich aber als sehr wichtig erachte. Und hier gibt es, was die Agenda anbelangt, ein hohes Maß an Übereinstimmung mit dem französischen Präsidenten. Was einzelne Positionen anbelangt, so werden wir darüber sicherlich im Einzelnen noch reden müssen. Was wir unterstützen, ist eine Initiative, auch an die Öffentlichkeit zu gehen und die Bürgerinnen und Bürger in Form von Dialogen mit einzubeziehen in die Weiterentwicklung Europas.

Im Koalitionsvertrag ist sehr häufig von der Förderung und Durchsetzung wechselseitiger europäischer Solidarität die Rede – auch in Bezug auf den mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Könnten Sie erläutern, in welcher Form Solidaritätsüberlegungen die konkrete Lastenverteilung und die inhaltliche Ausgestaltung des nächsten EU-Haushaltes mitbestimmen sollten?

Ja, wir haben in der Tat von dieser wechselseitigen Solidarität gesprochen und gemeint, dass Solidarität keine Einbahnstraße sein kann. Deutschland zum Beispiel ist ein Land, das Nettozahler ist, zusammen mit vielen anderen Ländern. Andere Länder empfangen mehr Geld, um eben ihren Wirtschaftsaufbau nach vorne zu bringen. Das ist ja auch in unserem gegenseitigen Interesse. Aber wir finden, wenn es dann Herausforderungen wie die Migration gibt, dass sich dann auch alle an der Teilung von Aufgaben beteiligen müssen. Und hierüber sind wir noch im Gespräch. Das funktioniert gut beim Schutz der Außengrenzen, bei der Fluchtursachenbekämpfung, aber noch nicht so gut, wenn es um die Frage geht: Wie können wir auch Flüchtlingen eine temporäre Heimat geben?

Im Jahr 2019 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Und auch andere EU-Spitzenposten werden neu besetzt. Wie kann der europäische Parlamentarismus zukünftig gestärkt werden, und wie bewerten Sie eine Wiederholung des Spitzenkandidatenverfahrens bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten?

Wir haben schon in den Verträgen eine Regelung enthalten, dass im Lichte des Ausgangs der Europäischen Wahlen der Europäische Rat einen Vorschlag macht für den Kommissionspräsidenten, der dann vom Parlament auch bestätigt werden muss. Und darin deutet sich ja schon an, dass es hier auch eine politische Mehrheitsbildung geben soll. Das hat dazu geführt, dass einige der europäischen Parteien – u.a. auch die Partei, der ich angehöre, die Europäische Volkspartei – das Prinzip des Spitzenkandidaten in die Statuten aufgenommen haben. Und insofern kann man dann natürlich sehen, welche Persönlichkeit zur Verfügung stünde, wenn die jeweilige Parteienfamilie die stärkste Gruppe im Parlament ist. Auf der anderen Seite muss man dann natürlich auch Koalitionen bilden, denn kaum einer wird die absolute Mehrheit bekommen. Es bleibt also schon noch ein komplizierter Prozess, aber er soll mehr Sichtbarkeit bekommen durch die Benennung von Spitzenkandidaten.

Anfang Februar hat die Europäische Kommission eine neue Erweiterungsstrategie für den Westlichen Balkan vorgelegt, und auch für Deutschland hat die Beitrittsperspektive der Länder außenpolitische Priorität. Wie kann Deutschland auf EU-Ebene und bilateral dazu beitragen, den Erweiterungsprozess nachhaltig voranzutreiben?

Also erstens gilt für uns die Grundaussage, dass die Staaten des Westlichen Balkans eine Perspektive zum Beitritt haben. Ich glaube, das ist auch in unser aller Interesse. Zweitens, gilt das, was für alle Erweiterungen gilt: Dass es nämlich abhängig ist von Kriterien, die die einzelnen Länder erfüllen müssen. Und deshalb halten wir es nicht für den richtigen Weg, Jahreszahlen unkonditioniert vorzugeben, sondern wir glauben, dass die Bedingungen dann auch erfüllt sein müssen. Drittens haben wir eine Initiative ergriffen, um die Staaten des westlichen Balkans jährlich einzuladen. Auch die Wechselwirkung zwischen ihnen, also die Kontakte zwischen ihnen zu fördern. So haben wir in diesem Prozess, der jährlich von einem anderen Mitgliedsland veranstaltet wird, inzwischen ein Westbalkanjugendwerk gegründet, bei dem sich junge Menschen treffen können. Und wir glauben, dass durch die Kontakte untereinander, durch Vergleichbarkeit von Erfolgen, durch Best-Practice-Methoden, die Länder

auch schneller vorankommen. Bilateral versuchen wir uns auch zu engagieren. So wird zum Beispiel der mazedonische Ministerpräsident in der nächsten Woche bei mir zu Gast sein, und der Bundesaußenminister war gerade in Serbien und im Kosovo. Das heißt, wir versuchen hier auch ständig den politischen Kontakt zu halten.